



PROTOKOLL

DER 6. SITZUNG DES EINWOHNERRATES, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort	Donnerstag, 27. September 2007 Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall	19.00 – 21.30 Uhr
Präsenz	18 Einwohnerräte (ER) Gemeindepräsident 5 Gemeinderäte (GR) Gemeindeschreiberin Aktuarin	
Vorsitz	ER-Präsident Rolf Forster (SVP)	
Entschuldigt	ER Christian Di Ronco (CVP) ER Jakob Walter (SP)	
Protokoll	Das Protokoll der 5. Sitzung vom 16. August 2007 hat im Ratsbüro zirkuliert. Es liegen keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.	
Mitteilungen	- Rücktritt von Patrik Waibel aus dem Einwohnerrat per 01.10.2007	
Neueingänge	<ul style="list-style-type: none"> - Kleine Anfrage Beat Gruber (CVP): Die Lärmsituation an der Zollstrassenunterführung gerät zunehmend aus den Fugen - Kleine Anfrage Jakob Walter (SP): Wachstum und Entwicklung - Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Bauabrechnung Umbau der GAN, Erweiterung 862 MHz Konto 320.501.90 - Interpellation Ueli Furrer (ÖBS): Baustelle Zollstrasse – untauglicher Fussgängerübergang 	
Offene Geschäfte	<ul style="list-style-type: none"> - Volksmotion "Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk" - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Moratorium für Bewilligung von Baugesuchen für Mobilfunkantennen der neuesten Generation GMB/UMTS - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Unterstützung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Kinderbetreuungsangebots - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Förderbeiträge für den Einsatz von Minergie-Standard oder erneuerbare Energie beim Bau oder Umbau von Wohnraum - Postulat Willi Josel (SVP) betreffend Alternativen zum Trolleybusbetrieb - Kleine Anfrage Albert Gysin (SVP): Rheinfall-Panoramaweg und weitere Wege - Kleine Anfrage Ernst Schläpfer (SP): Rote Markierungen für Velos - Kleine Anfrage Willi Josel (SVP): Kulturgeschichtliche Dokumente sichern, vorhandenes Wissen erhalten 	



- Traktandenliste**
1. Bericht und Antrag betreffend Fristerstreckung
 2. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2008 bis 2011
 3. Bericht und Antrag betreffend Erlass einer Fondsverordnung
 4. Bericht und Antrag betreffend Stellenplan für die Alters- und Pflegeheime Neuhausen am Rheinfall
 5. Bericht und Antrag betreffend Revision der Bestattungs- und Friedhofverordnung
 6. Postulat Willi Josel (SVP) betreffend ungenügende WC-Anlagen auf dem "Platz für Alli"
 7. Postulat Jakob Walter (SP) betreffend Einrichtung einer Verstärkeranlage in der Friedhofskapelle samt Ringanlage für Träger von Hörhilfen

Die Traktandenliste wird genehmigt.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Ich begrüsse Sie und eröffne die 6. Sitzung in diesem Jahr.



TRAKTANDUM 1 Bericht und Antrag betreffend Fristerstreckung

Eintretensdebatte:

ER Beat Gruber (CVP)

Ein Jahr nachdem die Beantwortungsfrist des Postulats der CVP für ein familienergänzendes Betreuungsangebot abgelaufen ist, soll jetzt noch einer Fristerstreckung bis Ende 2008 zugestimmt werden. Dass die Freude beim abwesenden Postulenten nicht sehr gross ist, können Sie sich ja sicher vorstellen. Nachdem Motto "Einmal ist Keinmal" machen wir keine Staatsaffäre daraus. Vom Schulreferenten werden wir heute sicherlich noch über den aktuellen Stand der Dinge hören. Die CVP wird dem Bericht und Antrag zur Fristerstreckung zustimmen und erwarten, dass der Gemeinderat die Vorlage dem Einwohnerrat möglichst rasch vorlegt und damit nicht bis Ende 2008 zuwartet.

ER Gerhard Schwyn (FDP)

Die FDP Fraktion wird dem Bericht und Antrag der Fristerstreckung der beiden Postulate zusprechen. Wir haben auch den Hinweis zur Kenntnis genommen betreffend der Verlängerung der Frist für Motionen und Postulate auf zwei Jahre. Das werden wir nicht aufnehmen, denn wir denken, dass ein Jahr genügen sollte für die Beantwortung von Postulaten.

ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Ich schliesse mich meinen Vorrednern an. Wir sind ebenfalls bereit, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und dem Antrag betreffend Fristerstreckung stattzugeben. Wir sind ebenfalls der gleichen Meinung bezüglich des Hinweises zur grundsätzlichen Fristverlängerung. In der Regel sollte die Jahresfrist genügen.



ER Patrick Waibel (SVP)

Auch die SVP ist der Meinung, dieser Fristerstreckung kann man zustimmen, da es einmalig ist und die Zeit dem Anschein nach hier gebraucht wird.

GR Patrick Strasser

Die CVP wünscht zu wissen, wie der Stand ist bei der Umsetzung des Postulates von Christian Di Ronco. Ich mache das gerne. Das Postulat von Christian Di Ronco kam zu einem nicht ganz glücklichen Zeitpunkt. Darum nicht, weil ja bekannterweise das Schulgesetz überarbeitet wird und der Inhalt des Postulates sehr viel damit zu tun hat auch mit den Neuerungen des neuen Schulgesetzes. Das Postulat fordert ja eine Tagesschule. Die von mir einberufene Arbeitsgruppe, die sich dieser Sache angenommen hat, hat vorläufig darauf verzichtet, eine Tagesschulvorlage auszuarbeiten, eben vor dem Hintergrund des in Revision befindlichen Schulgesetzes. Wir haben uns stattdessen auf die Einführung eines Mittagstisches beschränkt und uns dafür umfangreiche Vorarbeiten vorgenommen. Die Ergebnisse wurden dem Gemeinderat präsentiert. Der Gemeinderat hat daraufhin entschieden, dass das Projekt grundsätzlich auf gutem Wege ist. Das der Mittagstisch aber nicht als Gemeindeangebot geführt werden sollte, sondern das Angebot von Dritten kommt z.B. in Form eines Vereins. Sie haben aus den Medien entnehmen können, dass letzte Woche eine Informationsveranstaltung für alle Interessierten stattgefunden hat, wo die Idee des Mittagstisches, welcher durch einen Verein geleitet wird, vorgestellt wurde. Es kamen auch schon etliche Interessentinnen und einen Interessenten für die Vereinsmitgliedschaft und auch Personen, die gerne in diesem Verein mitarbeiten würden. Ende Oktober wird die Gründungsversammlung des entsprechenden Vereins sein und dann wird der Vorstand dieses Vereins die entsprechenden Reglemente ausarbeiten, damit im nächsten Jahr ein Mittagstisch gestartet werden kann. Soviel zur aktuellen Situation der Umsetzung des Postulates Di Ronco.



Antrag:

Die Frist zur Vorlage eines Berichts und Antrags an den Einwohnerrat zur Erledigung der Postulate von Einwohnerrat Christian Di Ronco vom 3. März 2005 und von Einwohnerrat Dr. Ernst Schläpfer vom 22. Februar 2007 wird bis 31. Dezember 2008 verlängert.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen, einstimmig, angenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

TRAKTANDUM 2 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2008 bis 2011

Eintretensdebatte:

ER Felix Tenger (FDP)

Die FDP begrüsst es, dass der Gemeinderat einen neuen Finanzplan vorlegt. Nur mit einer längerfristigen Planung können negative Überraschungen vermieden werden und allfällige notwendige Massnahmen früh eingeleitet werden. Der Finanzplan steckt ja den Rahmen ab, in welchem sich die Gemeinde ungefähr bewegen wird. Die Details werden jeweils im Budget abgebildet, welches dann durch den Rat genehmigt wird. Obwohl wir den Finanzplan ja nur zur Kenntnis nehmen dürfen, möchten wir trotzdem auf zwei Punkte hinweisen. Der erste Punkt betrifft das Verhältnis Finanzplan – Budget. So wie der Finanzplan daherkommt, entspricht er ein bisschen einer Aneinanderreihung der Wünsche der verschiedenen Referate. So ist das auf jeden Fall zu uns herübergekommen. Es ist uns bewusst, dass es sich beim Finanzplan nur um einen Rohplanung handelt. Wir möchten aber bereits hier und jetzt verkünden, dass wir nicht einverstanden wären, wenn der Finanzplan einfach so aufs Budget umgewandelt wird. Wenn man das nämlich täte, hätte die Gemeinde innerhalb von wenigen Jahren ihr Eigenkapital aufgebraucht und damit hätte sie über ihre Verhältnisse gelebt. Das wollen wir nicht! Die Gemeinde kann nicht in guten Jahren ihr Eigenkapital aufbrauchen. Es ist noch fatal genug, wenn wir dann in den schlechten Jahren – und die kommen sicherlich wieder – Eigenkapital vernichten müssen. Für die Budgetierung braucht es also noch eine Prioritätensetzung und Gewichtung der verschiedenen Wünsche, damit dann Budgetzahlen vorgelegt werden können, welche sich am Machbaren und nicht am Wünschbaren orientieren. Das zweite Anliegen betrifft die Periodizität des Finanzplanes. Wir sind der Meinung, dass es eine rollende Planung braucht, welche jedes Jahr die notwendigen Anpassungen vornimmt. Wir begrüssen es deshalb sehr, dass der Gemeinderat jährlich einen angepassten Finanzplan vorlegen will. Wir sind überzeugt, dass damit auch die Datenqualität steigen wird und die Voraussagen verlässlicher werden. Die FDP ist für Eintreten resp. nimmt den Bericht zur Kenntnis, hat dann aber in der Detailberatung noch einige Fragen.



ER Beat Gruber (CVP)

Die CVP dankt dem Gemeinderat für den sehr detailliert erstellten Finanzplan. Im Wissen, dass dieser heute Abend schon wieder überholt ist, haben wir trotzdem ein gutes Arbeitspapier. Daraus ersehen wir die Visionen des Gemeinderates betreffend der Entwicklung und Investitionen unserer Gemeinde. Im Grundsatz kann die CVP mit den Ausführungen des Gemeinderates leben. Überrascht sind wir von der Absicht des Gemeinderates, die Sanierung des Schulhauses Kirchacker erst im Jahre 2011 vorzusehen. Seit mehreren Jahren wird von der Notwendigkeit dieser Sanierung gesprochen. Für diese Legislatur ist sogar eine Projektierung für die Sanierung des Schulhauses Kirchacker geplant. Wir alle wissen, dass das Schulhaus Kirchacker nicht mehr den modernen Anforderungen in Bezug auf die Schulräume und dem Energieverbrauch entspricht. Das Neuhauser Modell kann nur mit grösster Mühe umgesetzt werden. Also, alles andere als gute Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen. Es darf nicht nur bei Lippenbezeugungen bleiben. Die CVP erwartet, dass die Sanierung des Kirchackerschulhauses vorgezogen wird. Die CVP nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2008 bis 2011.

ER Priska Weber (SP)

Die SP nimmt vom Finanzplan 2008 bis 2011 Kenntnis. Endlich sieht jedermann schwarz auf weiss, dass es unmöglich ist, den Steuerfuss zu senken bei all den grossen Investitionen. Es tut mir als Frau schon weh, wenn das knapp bemessene Haushaltsgeld für Sachen aufgebraucht wird, die eine Frau niemals auf die Prioritätenliste setzen würde. Das sauer ersparte Geld verschwindet und man dann auf Schulden baut. Seit Jahrhunderten wissen die Frauen mit dem Haushaltsgeld, ob viel oder wenig, damit umzugehen, dass es immer irgendwie zuerst für die Kinder ausreicht. Sie wissen, dass die Kinder unsere Zukunft sind. Das war immer so und es wird auch so bleiben. Ich werde dafür kämpfen, dass die Kinder die beste Bildung erhalten, Neuhausen gesund bleibt und unsere Einwohner ein sicheres Einkommen erhalten. Ich werde dafür sorgen, dass bei unseren vielen Baustellen in Neuhausen die Zukunft nicht verbaut wird. Ich hoffe sehr, dass wir alle dafür sorgen, dass wir nach 2011 immer noch Geld haben um in sinnvolle Dinge zu investieren. Die Kinder wachsen schnell aus den Hosen und es müssen neue her. Dem Gemeinderat möchte ich an dieser Stelle für den aufschlussreichen Finanzplan ganz herzlich danke. Alljährlich einen neu überdachten Finanzplan finden wir sehr lobenswert, wird doch über die Zukunft nachgedacht.



ER Christian Schwyn (SVP)

Auch wir danken dem Gemeinderat für den Finanzplan. Es ist ein gutes Gerippe um zu arbeiten die nächsten Jahre. Es hat sicher Wünsche drin, die vermutlich Wünsche bleiben und es hat aber auch sehr notwendige Sachen drin. Von daher finden wir den Finanzplan sehr gut. Es hat einige grosse Brocken, die wir aber im Einwohnerrat sicher nochmals zu sehen bekommen und dort werden wir dann sicher genauer darüber sprechen. Wir sind im grossen und ganzen mit dem Finanzplan einverstanden. Wir haben zwar etwas bedenken, wegen des sehr tiefen und sinkenden Selbstfinanzierungsgrades. Aber es ist zurzeit nicht anders möglich, wenn wir noch investieren wollen.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen sehr für die gute Aufnahme der nicht leichten Kost des Finanzplans 2008 bis 2011. Die Aktualität des Finanzplanes ist tatsächlich am Höchsten, wenn er aus dem Drucker herauskommt. Schon wenige Tage danach wird er wieder relativiert. Ich kann Ihnen ein kleines Beispiel sagen. Als der Gemeinderat den Finanzplan verabschiedet hat, wurde noch mit einem Finanzausgleich zulasten der Gemeinde mit ungefähr Fr. 790'000.00 pro Jahr gerechnet. Kurz darauf kam die Hochrechnung des Volkswirtschaftsdepartements heraus, dass sich das um Fr. 140'000.00 reduziert auf Fr. 650'000.00. Das macht über die Jahre hinweg doch einen stattlichen Betrag und ich kann in diesem Punkt Sie und die FDP Fraktion beruhigen, dass der Gemeinderat den Finanzplan tatsächlich zur Brust genommen hat und Konsequenzen daraus abgeleitet hat und sich beim Budget alle Mühe gegeben hat, dass nicht diese derart roten Zahlen herauskommen sollten. Sie werden anlässlich der Budgetsitzung im Detail über die Zahlen 2008 noch beraten können. Es sind tatsächlich eine Reihe von Wünschen in diesem Finanzplan bei den Investitionen enthalten. Diese kommen einerseits aus den Legislaturzielen, andererseits sind sie teilweise Folgen von Volksentscheiden und deshalb bin ich der Ansicht, dass Männer und Frauen letztlich in der Lage sind, vernünftige und gute Entscheide zu treffen, so dass wir auch in Zukunft genügend Geld haben werden um in sinnvolle Dinge zu investieren. Die Diskussion muss in diesem Rahmen natürlich dann erfolgen, was ist sinnvoll und da sind wir sicher auch gespannt auf Ihre Hinweise. Haben wir die Prioritäten richtig gesetzt oder sollen wir diese noch verändern. Die Periodizität wurde fast von allen Fraktionen angesprochen. Die neuen Tools, die wir beim schon



vorhandenen Computerprogramm eingekauft haben, erlauben es uns nun jedes Jahr einen vernünftigen Finanzplan zu machen. Das war bis jetzt nicht möglich. Ich bin auch der Ansicht, dass dieses Papier nicht in einen Schrank wandern darf, wo es vergessen wird, sondern es ist ein echtes Arbeitsinstrument, das wir immer wieder hervorziehen müssen um zu sehen, wie sich die Finanzlage von Neuhausen am Rheinfall entwickeln wird. Der Selbstfinanzierungsgrad, der sinkt tatsächlich. Das hat die SVP richtig gesehen auch die Kennzahlen sehen nicht berauschend aus. Wir sind aber sicher noch nach wie vor im Mittelfeld der Schaffhauser Gemeinden mit diesen Kennzahlen. Wir haben also keinen Grund, uns zu verstecken und der Finanzplan zeigt ja gerade auf, dass wir uns nach wie vor nach der Decke strecken müssen. Dass wir das Haushaltsgeld, wie es ER Priska Weber bezeichnet hat, seien dies Steuereinnahmen, seien dies Entgelte, seien dies Beiträge von dritter Seite tatsächlich sinnvoll und mit einem guten Augenmass ausgeben müssen. Besten Dank.

Detailberatung:

ER Willi Josel (SVP)

Seite 3, Punkt 2.3 Weitere Faktoren und Punkt 2.4 Auswirkungen

Auch hier hat sich etwas geändert. Im Kantonsrat wurde die Unternehmenssteuer auf 5 % gesenkt. Ich habe da mitgearbeitet und ich sehe es nicht so dramatisch, wie das hier in diesem Punkt ausgeführt wird. Ich denke doch, dass man mit dieser Senkung noch mehr Firmen nach Neuhausen bringen wird und dass man das sehr wohl langfristig ausgleichen kann.

GP Stephan Rawlyer

Im Kantonsrat kam eine Neufassung zur Abstimmung. Nicht nur die Reduktion auf 5 %. Es gab noch verschiedene Kompensationsregelungen und im Zeitpunkt der Abfassung dieses Finanzplans konnten diese Kompensationen dem Gemeinderat nicht bekannt sein. Soweit ich gesehen habe, haben die im Kantonsrat vertretenen Gemeinderäte auch tatsächlich dieser neuen Vorlage zugestimmt bei einem überparteilichen Konsens und wir hoffen einfach sehr, dass die Berechnungen der Wirtschaftsförderung und des Finanzdepartementes tatsächlich für Neuhausen am Rheinfall zutreffen. Wir müssen aber sehen, die rechnen mit einer guten Wirtschaftslage. Es



kann wirklich sehr spitz werden, bei den juristischen Personen. Aber es muss auch klar sein, dass wenn man nichts gemacht hätte, dann hätte man damit rechnen müssen, dass juristische Personen von Neuhausen am Rheinfall wegziehen würden. Dann hätten wir mit ganz grosser Sicherheit eine grosse Lücke bei den Steuereinnahmen verkraften müssen.

ER Peter Gloor (SP)

Seite 7, Schulanlage Kirchacker Sanierung

ER Beat Gruber hat mir aus dem Herzen gesprochen. Man kann nicht sagen, dass eine Sanierung stattgefunden hat, wenn man eine EDV-Anlage einbaut für Fr. 60'000.00. Wann wird die Planung der Sanierung des Kirchackerschulhauses an die Hand genommen. Wird das 2012 oder später? Können wir da von irgendwoher noch eine Auskunft bekommen?

GR Patrick Strasser

Grundsätzlich gebe ich dem Sprecher der CVP recht. Es ist sicherlich dem ganzen Gemeinderat bekannt, dass da etwas gemacht werden muss. Man muss allerdings auch sagen, dass das Schulreferat nicht glücklich wäre, wenn man jetzt Hals über Kopf etwas machen würde. Einfach damit etwas gemacht ist und es wieder etwas schöner daherkommt und die Raumsituation etwas besser wird. Wenn man nicht berücksichtigt, was wirklich die Anforderungen an Schulräume in den nächsten Jahren sind. Wir hier in Neuhausen brauchen eine wirkliche Schulraumplanung. Eine solche hat bis jetzt noch nie stattgefunden. Wieso das? Es gibt Auswirkungen, welche das neue Schulgesetz mit sich bringt, die sicher auch auf den Schulraum Einfluss nehmen werden. Die Veränderung der Schülerzahlen muss berücksichtigt werden. Es muss berücksichtigt werden, dass eine eigene Grundstufe eingeführt wird. Dass das jetzige System mit Kindergarten und Primarschule dahinfallen wird. Viele Überlegungen müssen gemacht werden, um wirklich eine saubere Schulraumplanung zu machen und aufgrund dieser Planung dann die entsprechenden Massnahmen zu erreichen. Es wäre falsch jetzt einfach viel Geld ins Kirchackerschulhaus zu investieren, das es sicher nötig hat, aber wir dann in einigen Jahren sagen müssen, dass wir jetzt die falschen Räume gebaut haben. Das ist sicher nicht das, was wir wollen. Ende Oktober wird eine erste Anschubitzung für diese Schulraumplanung stattfinden. Der Baureferent, der Schulpräsident, der zuständige Sachbearbeiter Hochbau sowie ich selbst werden uns treffen und wir werden uns überlegen, wie wir diese Planung angehen können und diese initiieren können.



GR Franz Baumann

Sie haben am Anfang gehört, dass der Finanzplan eine rollende Planung ist. Der Wunsche der Bauverwaltung und auch der Schulleitung war, früher ans Kirchackerschulhaus zu gehen, aber aufgrund der Zahlen, die Sie vorliegen haben, ist es einfach nach hinten gerutscht. Aber das will nicht heissen, dass wir erst im Jahre 2011 damit beginnen, sondern sobald die Planung gemacht ist, werden wir versuchen, das rollend vorzuziehen. Aber versprechen kann ich nichts.

ER Felix Tenger (FDP)

Seite 11, Verbindung Rheinfallbecken – Industrieplatz

Die Ausgaben sind ja klar. Ich nehme an, es geht hier um den Lift oder die Schrägbahn. Aber bei den Einnahmen wundere ich mich ein bisschen. Kommen diese Einnahmen aus dem Gemeindebudget oder kommen die aus einem Kässeli, dass wir dann im nächsten Traktandum besprechen werden oder wo werden diese Einnahmen generiert? Es sollte schon nicht so sein, dass solche Spielereien aus dem Gemeindevermögen finanziert werden!

GP Stephan Rawyler

In der Umfrage bei der Bevölkerung, was gemacht werden soll um das Rheinfallbecken, stand eigentlich auf Platz 2 eine Verbindung zwischen dem Industrieplatz und dem Rheinfallbecken. Es handelt sich somit nicht um eine kuriose Idee des Gemeinderates sondern um ein echtes und ausgewiesenes Anliegen unserer Bevölkerung. Ich persönlich bin aber der Ansicht, dass unsere Finanzen es nicht zulassen würden, eine solche Verbindung einfach selbst zu bezahlen, sondern wir sind auf der Suche nach Sponsoren und da zeichnen sich gewisse Lösungen ab, dass da gewisse Beträge übernommen werden können von Dritter Seite. Es ist nicht gedacht, dass wir hier den Fonds Gemeindeentwicklung anzapfen oder irgend ein anderes Kässeli. Da geht es darum, diese Verbindung von dritter Seite her zu finanzieren. Sozusagen ein Geschenk an die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall.



ER Willi Josel (SVP)

Seite 13, Investition Gaswerk

Ich möchte nur eine kleine Bemerkung machen. Es sollte uns zum Überlegen geben – ich sage nicht, dass wir das machen sollen – aber man sollte darüber nachdenken. Die Investition Gaswerk. Ich glaube, wir müssen uns langsam die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, bei den Öffnungen, Durchleitungen und was da noch alles auf uns zukommt. Ob es sinnvoll ist, dieses Gaswerk weiter zu haben oder ob wir es weiterverkaufen sollen oder müssen. Ich sage nochmals. Das müssen wir nicht jetzt besprechen sondern uns einfach mal Gedanken darüber machen, wenn man sieht, welche Beträge hier zur Diskussion stehen.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich möchte mich zur gleichen Position melden. Auch mir haben diese Beträge in der Nase geküzzelt, als ich das gesehen habe. Wir diskutieren das bei jedem Budget. Wenn man dann sieht, wieviel Investitionen in die Gaswerke hineingehen und wieviel herauskommt. Nämlich gar nichts. Meine Frage an den Gemeinderat, ob er sich da grundsätzlich mal Überlegungen gemacht hat oder wie weit sind diese gediehen, damit man auch weiss, auf welcher Grundlage weiter Geld eingeplant wird. Das würde mich schon noch interessieren.

GR Franz Baumann

Ich kann hier folgendes dazu sagen. Der Gemeinderat hat wohl etwas gemacht. Wir haben Studien gemacht um zu erreichen, was das Gaswerk überhaupt wert ist. Die VK der Werke Neuhausen wird noch im Laufe des Oktobers das als Traktandum besprechen. Der dritte Punkt, den Sie angesprochen haben. Das hier nichts rausschaut. Das stimmt nun überhaupt nicht. Es könnte sicher mehr sein. Sagen wir mal so. Der Deckungsgrad dürfte höher sein. Das ist unbestritten. Deshalb sind die Überlegungen, die wir machen in dieser Hinsicht sicher nicht falsch.

ER Felix Tenger (FDP)

Wann kommt dieser Bericht in den Einwohnerrat, dass wir uns hier noch äussern könnten?



GR Franz Baumann

Sicher wird der Einwohnerrat hier informiert. Wir verkaufen das Gaswerk sicher nicht ohne Zustimmung des Einwohnerrates. Da können Sie sicher sein.

ER Felix Tenger (FDP)

Zu welchem Zeitpunkt kommt das in den Einwohnerrat?

GR Franz Baumann

Da kann ich mich zum jetzigen Zeitpunkt nicht festlegen. Aber sicher nicht erst in fünf Jahren.

Antrag:

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von diesem Bericht.

Der Einwohnerrat hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist erledigt.

TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag betreffend Erlass einer Fondsverordnung

Eintretensdebatte:

ER Willi Josel (SVP)

Die SVP findet, dass dieses Vorgehen eigentlich richtig ist. Es ist richtig, das alles zusammenzufassen und in gleicher Art und Weise das zusammenzubringen und dann herauszusortieren und gewisse Kosten zu übernehmen. Was uns aufgefallen ist, ist das Verfügungsrecht. Da sind wir auch einverstanden, wenn dort der Gemeinderat verfügt und uns aber bei einigen Fonds über grössere Ausgaben berichtet und wenn ein Fonds aufgelöst wird, uns darüber informiert. Der einzige Fonds, wo wir ein wenig Sicherheit einbauen wollen ist der Gemeindeentwicklungsfond. Da geht es nicht nur um einige Tausend Franken sondern erfreulicherweise um einiges mehr und wir wollen hier nur die Bestätigung haben, wie es im Artikel 13 heisst "der Gemeindepräsident verfügt", dass dies im Rahmen der verfassungsmässigen Kompetenz geschieht. Diesen Antrag werden wir dann, wenn wir in die Detailberatung gehen, noch einbringen.

ER August Hafner (SP)

Die SP Fraktion ist auch einverstanden mit dieser Lösung. Wir begrüssen es, dass das ganze Fonds- und Reservewesen dem übergeordneten Recht angepasst wird. Zu einzelnen Bestimmungen der Fondsverordnung werden wir dann noch Bemerkungen haben und einen Antrag stellen. Das was vorhin ER Willi Josel ausgeführt hat, das ist mir nicht so in die Nase gestochen, weil ich davon ausgegangen bin, dass selbstverständlich bei jeder Ausgabe die Finanzkompetenz der Gemeindeverfassung zu berücksichtigen sind.

ER Beat Gruber (CVP)

Die CVP Fraktion schliesst sich den Vorrednern an und stimmt dem Antrag zu.



ER Felix Tenger (FDP)

Auch die FDP ist für Eintreten. Wir haben diese Verordnung analysiert und sind damit einverstanden, dass diese verschiedenen Fonds und Kässeli in drei Bereiche aufgeteilt werden, wo dann entsprechend der Gemeindepräsident darüber verfügen kann. Wie ER Willi Josel gesagt hat, möchten auch wir, dass das Verfügungsrecht ein bisschen präzisiert wird beim Gemeindeentwicklungsfonds. Wie zwar ER August Hafner gesagt hat, kann man davon ausgehen, dass das immer im Rahmen der Verfassung geschieht, aber ich finde doch, dass es, wenn man noch einen Zusatz einfügen könnte, wäre es für den unbedachten Leser noch etwas transparenter und er nicht das Gefühl hat, hier hätte der Gemeindepräsident ein "Kriegskässeli" über das er frei verfügen könnte. Das ist an und für sich der einzige Präzisierungsvorschlag, der von uns kommt, ansonsten sind wir mit dem Reglement so einverstanden und sind für Eintreten und werden entsprechend zustimmen.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme dieser Vorlage. Der Gemeinderat geht davon aus, dass wir Ihnen weiterhin im Budget und in der Rechnung über die Verwendung dieser Fonds Bericht erstatten werden. Dass Sie namentlich beim Gemeindeentwicklungsfond entsprechende Beschlüsse fassen müssen. Entnahmen, die in den vergangenen Jahren entnommen wurden, übersteigen bei weitem die Kompetenz des Gemeinderates, geschweige dann meiner eigenen nicht vorhandenen Kompetenz. Ich habe aber kein Problem damit, wenn zur Klarheit ein Satz aufgenommen wird in die Verordnung, dass die verfassungsmässige Ausgabenkompetenz bestehen bleibe. Es ist für mich ansich eine Selbstverständlichkeit, dass die Verfassung immer gilt. Dass sich auch der Gemeinderat daran halten muss, auch wenn es nicht ausdrücklich in einer Verordnung steht. Der entsprechende Textvorschlag liegt bei den Fraktionspräsidenten und je nach dem, wenn dann der entsprechende Antrag gestellt wird bei der Detailberatung der Fondsverordnung, hält sich der Gemeinderat vor, dann diesen Antrag zu stellen auf Ergänzung den Artikel 3 durch einen entsprechenden Absatz. Ich möchte aber nochmals darauf hinweisen, Sie werden weiterhin mit Budget und Rechnung darüber informiert werden, wofür und in welchem Mass die Fonds eingesetzt werden.



Detailberatung:

ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

Ich habe noch eine Frage an die Juristen. Wie ist das z.B. in Artikel 5 gemeint: Über den Jugendfonds kann die Kulturreferentin oder der Kulturreferent verfügen. Wäre es nicht irgendwie logischer, wenn man generell im Artikel 3 sagen würde: Entnahmen müssen auf Antrag von irgendjemanden von der zuständigen Finanzkompetenz bewilligt werden. Oder irgend so etwas, aber das muss ich die Juristen fragen, die wissen das besser. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass in jedem Fall der einzelne Referent solche Sachen beschliessen soll. Oder ist das die Meinung?

GP Stephan Rawyler

Das ist natürlich nicht die Meinung. Selbstverständlich gilt die Verfassung und dort wissen Sie wiederkehrend Fr. 20'000.—, Fr. 100'000.— einmalig ist die Kompetenz des Gemeinderates. Intern gibt es noch gewisse Weisungen. Das sind aber wirklich sehr kleine Beträge. Der Baureferent darf über die höchsten Beträge verfügen, Fr. 10'000.— darf er selbständig entscheiden. Alle anderen Beträge müssen mit einem Bericht und Antrag an den Gemeinderat gehen. Das Wort Verfügung und ich wehre mich gar nicht dagegen, wenn Sie eine gescheitere Formulierung finden, geht darum, dass jemand verantwortlich sein muss, dass dieser Fonds überhaupt beachtet und eingesetzt wird. Bis anhin war es teilweise zufällig, wer das gemacht hat. Zum Teil war es ein Gemeinderat oder eine Gemeinderätin, z.T. war es der Zentralverwalter oder z.T. einfach die Macht der Gewohnheit. Man hat es einfach jedes Jahr so gemacht. Mit diesen Bestimmungen und Verfügung sollte einfach darauf hingewiesen werden, dass der jeweilige Referent oder Referentin die Aufgabe hat, darüber zu wachen und zu schauen, dass der Fonds richtig eingesetzt wird. Es soll aber selbstverständlich die verfassungsmässigen Kompetenzen nicht über den Haufen werfen. Deshalb schlage ich Ihnen nun doch auch vor und ich beantrage Ihnen das, dass Artikel 3 mit Absatz 2 zu ergänzen ist, der wie folgt lautet: Die verfassungsmässige Ausgabenkompetenz bleibt bestehen. Dann sollte es wirklich klar sein. Aber wie gesagt, wenn Sie noch eine bessere Formulierung finden für die Artikel 5, Artikel 7, Artikel 10 und Artikel 13 dann wehren wir uns nicht dagegen. Es steht ja überall immer das gleiche.



GP Stephan Rawyler möchte den Artikel 3 wie folgt ergänzen und stellt somit folgenden Antrag:

Art. 3 Abs. 2:

Die verfassungsmässige Ausgabenkompetenz bleibt bestehen.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen angenommen.

ER August Hafner (SP)

Vorhin hat GP Rawyler ausgeführt, was das in Artikel 5, Artikel 7, Artikel 10 und Artikel 13 festgeschriebene Verfügungsrecht beinhaltet. Er hat ausgeführt, dass das letztlich eine Aufsicht sei des zuständigen Referenten bzw. Referentin über die im Referat angesiedelte Kasse. Ich schlage Ihnen darum vor, im Randtitel das Verfügungsrecht durch Aufsicht zu ersetzen und den Text, ich spreche jetzt von Artikel 5, wie folgt zu ändern: Die Aufsicht über den Jugendfonds übt die Kulturreferentin oder der Kulturreferent aus. Genau dasselbe mit den entsprechenden Bezeichnungen bei Betagtenfonds in Artikel 7, beim Sozialhilfefonds in Artikel 10 und beim Gemeindeentwicklungsfonds in Artikel 13. Ich glaube damit wäre das textlich umschrieben, was auch vom Gemeinderat her darunter verstanden wird.

GP Stephan Rawyler

Der Gemeinderat kann sich diesem Antrag von ER August Hafner sehr gerne anschliessen und er zieht seine Formulierung zugunsten des Antrags von ER August Hafner zurück.

ER August Hafner möchte in der Fondsverordnung Änderungen und stellt somit folgende Anträge:

Art. 5:

Randtitel neu: Aufsicht (anstatt Verfügungsrecht)

Die Aufsicht über den Jugendfonds übt die Kulturreferentin oder der Kulturreferent aus.



Art. 7:

Randtitel neu: Aufsicht (anstatt Verfügungsrecht)

Die Aufsicht über den Betagtenfonds übt die Heimreferentin oder der Heimreferent aus.

Art. 10:

Randtitel neu: Aufsicht (anstatt Verfügungsrecht)

Die Aufsicht über den Sozialhilfefonds übt die Sozialreferentin oder der Sozialreferent aus.

Art. 13:

Randtitel neu: Aufsicht (anstatt Verfügungsrecht)

Die Aufsicht über den Gemeindeentwicklungsfonds übt die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident aus.

Die Anträge werden mit 18 : 0 Stimmen angenommen.

ER August Hafner (SP)

Ich spreche zu Artikel 12. Auf Seite 4, Ziffer 3.2 konnten Sie vorhin lesen, dass die Reserve Gemeindeentwicklung, neu dem Gemeindeentwicklungsfonds zugewiesen werden soll, aus Erträgen aus dem Verkauf von Grundstücken geäufnet wurde und noch wird. Für dieses Anliegen hat sich seinerzeit die SP mit einer Motion und dann auch mit einer Volksinitiative stark gemacht und es ist uns dann vom Gemeinderat her versprochen worden, die Versprechen wurden grundsätzlich auch eingehalten, dass die Erträge nicht in der laufenden Rechnung versickern sollen, sondern dass Erträge aus Grundstücksverkäufen tatsächlich für Grundstücksinvestitionen verwendet werden und darum der Reserve Gemeindeentwicklung zugewiesen werden. Ich möchte an diesem Grundsatz festhalten und ich denke auch der Gemeinderat wird das weiterhin so handhaben, aber trotzdem möchte ich den Artikel 12 ein bisschen strenger auch mit der Zweckbestimmung hin formulieren und ich schlage Ihnen den folgenden Text vor:



Nettoerträge aus ausserordentlichen Einnahmen, namentlich aus gemeindeeigenen Liegenschaftengeschäften, sind grundsätzlich dem Gemeindeentwicklungsfonds gutzuschreiben. Sie können ausnahmsweise verwendet werden

1. für die Deckung von Defiziten der Laufenden Rechnung
2. für die Äufnung des Kapitalausgleichskontos oder
3. für Abschreibungen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

ER Willi Josel (SVP)

Ich denke, das geht jetzt zu weit, man bindet sich zu sehr und ich finde die Formulierung, wie sie der Gemeinderat in Artikel 12 vorschlägt ausreichend um flexibel zu sein. Das Wort grundsätzlich stört mich ein wenig, weil es da eine Richtung vorgibt und uns da zu sehr bindet. Ich empfehle Ihnen den Artikel 12 in der Fassung, wie er hier vorliegt, anzunehmen.

GP Stephan Rawyler

Ich sehe keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem Antrag des Gemeinderates und dem Antrag von ER August Hafner, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Die Formulierung entspricht eigentlich genau der Vereinbarung oder dem Gentlemen Agreement, dass da getroffen wurde. Ich könnte notfalls auch mit dem Antrag von ER August Hafner leben. Aber ich sehe wirklich keinen grossen Unterschied darin. Meines Erachtens entspricht eigentlich die Formulierung, die der Gemeinderat vorschlägt, der Praxis und ich möchte deshalb daran festhalten. Leider ist mir erst heute Abend aufgefallen, dass drucktechnisch ein Fehler ist in Ziffer 3. Nach "benötigt werden" kommt ein Komma und dann ein neuer Abschnitt mit "dem Gemeindeentwicklungsfond gutzuschreiben. Das ist ja ein Einschub. Das wird in der definitiven Version natürlich korrigiert. Ich bitte Sie bei der Formulierung des Gemeinderates zu bleiben. Hier wurden wirklich alle Elemente aufgenommen, die seinerzeit auch von den Initianten der Volksinitiative aufgenommen wurden, wurden hier wieder in diesen Text aufgenommen.

ER Priska Weber (SP)

Als nichtjuristische Person habe ich die Version von ER August Hafner besser verstanden. Sie war klar und deutlich und das erwarte ich eigentlich auch von einer Verordnung. Sie muss klar für sich sprechen.

ER Peter Gloor (SP)

Ich möchte euch bitten, dem Frieden zu liebe als damalige Mitinitiant ER August Hafner zuzustimmen.

ER-Vizepräsident Ernst Schläpfer (SP)

So wie ich das richtig interpretiere ist der Unterschied, dass es bei der einen Version "grundsätzlich und soweit sie nicht" und bei der anderen "ausnahmsweise" heisst. Gäbe es eine Möglichkeit eines Kompromisses, dass man nur "grundsätzlich" einfügen könnte.

Art. 12 der Fondsverordnung möchte ER August Hafner wie folgt ändern und stellt somit folgenden Antrag:

Nettoerträge aus ausserordentlichen Einnahmen, namentlich aus gemeindeeigenen Liegenschaftengeschäften, sind grundsätzlich dem Gemeindeentwicklungsfonds gutzuschreiben. Sie können ausnahmsweise verwendet werden

4. für die Deckung von Defiziten der Laufenden Rechnung
5. für die Äufnung des Kapitalausgleichskontos oder
6. für Abschreibungen.

Der Antrag wird mit 11 : 7 Stimmen abgelehnt.



Antrag:

Der Einwohnerrat stimmt der Fondsverordnung zu.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen, einstimmig, angenommen.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 14 lit. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 4 Bericht und Antrag betreffend Stellenplan für die Alters- und Pflegeheime Neuhausen am Rheinfall

Eintretensdebatte und Detailberatung:

ER Thomas Theiler (CVP)

Dass die Pflege von demenzkranken Menschen in unseren Heimen zeit- und personalaufwendig ist, muss ich Ihnen nicht erklären, denn das wissen wir alle schon lange. Da die gewünschten personellen Aufstockungen ganzheitlich im pflegerischen Bereich geschehen werden, immerhin geht es hier um 20 neue Stellen, können wir den Argumenten des Gemeinderates folgen und werden den Antrag auf die Aufstockung auf 108 Stellen im Vollbetrieb für die Alters- und Pflegeheime in Neuhausen am Rheinfall zustimmen.

ER Albert Gysin (SVP)

Es ist uns klar, dass für die neuen Heim- und Pflegeplätze für das betreute und geschützte Wohnen auch mehr Stellen geschaffen werden müssen. Es scheint, dass Stellenberechnungen für die neu entstehenden Demenzwohngruppen nicht einfach sind und vor allem Erfahrungszahlen fehlen. Wir glauben aber auch, dass man jetzt Erfahrungen sammeln soll und nicht mit einem Minimum von Stellen einen unruhigen Betrieb im neuen Heim zu schaffen. Die Pflege der zwischenmenschlichen Beziehung zwischen dem Personal und den Bewohnern ist für uns sehr wichtig. Bei überfordertem Personal leidet der Patient. Wir sind bereit diese Stellen zu akzeptieren, in der Annahme, dass der Einwohnerrat über das Budget Personalaufwand indirekt auf den Stellenplan Einfluss nehmen wird. Die SVP unterstützt den Antrag für 108 Stellen um später bei Vollbetrieb nach Fertigstellung des Heimes eine optimale Pflege der pflegebedürftigen Neuhauserinnen und Neuhausern zu gewährleisten.



ER Markus Anderegg (FDP)

Auch die FDP wird diesem Stellenplan zustimmen. Auch uns ist es bewusst, dass es ziemlich schwierig ist, mit Erfahrungszahlen zu arbeiten und richtig zu bestimmen. Darum hat es uns auch ein wenig verwundert, dass die vorgeschlagenen 105 Stellen vom Heimreferent wieder korrigiert wurden auf 108 Stellen. Wir hätten es lieber gesehen, dass man mit diesen 105 Stellen beginnt. Man hätte sicher auch getrost mit 105 Stellen leben können und wenn das wirklich zu wenig gewesen wäre, hätte man das wieder anpassen können. Aber das ist nur eine kritische Anmerkung und ein Lob an den Heimreferenten, das er bewusst sparen wollte. Letztendlich wird es ja so sein, dass die Heime kostenneutral arbeiten sollten, dass diese Mehrkosten schlussendlich auf die Taxen geschlagen werden. Ich nehme nicht an, dass wir das dann aus der Gemeindekasse bezahlen müssen. Das wäre dann die Konsequenz der ganzen Geschichte. Aber wie gesagt, auch wir werden diesem Antrag zustimmen.

ER Peter Gloor (SP)

Wie schon in der Altersheimkommission befürwortet auch die SP Fraktion die 108 Stellen. Die Arbeit im Altersheim sollte man nicht wie in der Automobilindustrie innerhalb von halben Rappen rechnen, sondern hinter dieser Arbeit stehen Menschen. Menschen, die einen unbeschwerten Lebensabend in unserer Gemeinde geniessen sollten. Ob dies, je nach Situation 0.55 oder 0.65 Stellen sind, das bleibe mal dahingestellt. Rechnerisch zweifeln wir das auch nicht an. Hier kommt aber noch der Faktor der Schwester dazu. Pflegende sollten am Morgen da sein. Wenn sie nicht da ist oder krank ist, fällt sie eben aus. Längere Ausfälle bei Krankenschwestern haben dann die Folge, dass das durch andere Schwestern kompensiert werden muss, die vielleicht weniger Stellenprozente arbeiten. Darum scheint es uns richtig, dass die 108 Stellen im Stellenplan eingestellt sind. Diejenige, die schon länger in diesem Rat sind, haben ja jeweils erlebt, wie im Dezember das Heimreferent etwelche Stellen beantragt hat und haben wir dann nicht bewilligt, dann war von uns auch die Weihnachtsfeier im Eimer und vom neuen Einwohnerratspräsidenten. Unter all den Umständen, die zu den 108 Stellen geführt haben, können wir stehen und wir danken dem Personal für den Aufwand, den sie mit den Bewohnern hat und werden diesen 108 Stellen zustimmen.

GR Dino Tamagni

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme dieser Vorlage. Ich möchte da der FDP versichern, dass die Kostenneutralität gewahrt werden sollte und Mehrkosten, die entstehen in Form von Mehrkomfort über die Taxen bezahlt werden. Zur SP muss ich wirklich sagen, dass Ausfälle im Stellenplan auch zu einem gewissen Teil kalkuliert werden, aber schwer vorherzusagen sind, wie viele das sein werden. Ich denke mir, wenn der Stellenplan das wirklich zulässt auf eine Erweiterung auf 108 Stellen, dann mildert das sicher die Hektik, wenn man wieder eine Stelle besetzen sollte. In diesem Sinne danke ich Ihnen nochmals für die gute Aufnahme.

Antrag:

Der Stellenplan 2008 für die Alters- und Pflegeheime Neuhausen am Rheinfall mit total 108 Stellen bei Vollbetrieb wird genehmigt.

Der Antrag wird mit 18 : 0 Stimmen, einstimmig, angenommen.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 5 Bericht und Antrag betreffend Revision der Bestattungs- und Friedhofverordnung

Eintretensdebatte:

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Ich finde es sinnvoll und auch richtig, die Bestattungsverordnung zu revidieren. Fragwürdig ist allerdings ein bisschen das Vorgehen. Diejenigen, welche einen grossen Teil der Arbeit bei den Abdankungen verrichten, sind nicht in die Vernehmlassung miteinbezogen worden, nämlich die Kirchen. Diese mussten der Presse entnehmen, dass die Verordnung geändert werde. Der Kirchenstand der evangelisch-reformierten Kirche von Neuhausen hat trotzdem eine Vernehmlassung erstellt. Sie finden diese auf Ihrem Tisch. Ich bin für Eintreten auf die Vorlage und werde in der Detailberatung von drei oder vier Abänderungsanträge stellen.

ER Thomas Theiler (CVP)

Die Fraktion der CVP hat die Revision der Bestattungs- und Friedhofsverordnung durchgeschaut und sie für Recht empfunden. Da bei der Revision nur geltenden Bestimmungen angepasst werden oder Fragen, die die alte Verordnung nicht klar geregelt hat jetzt besser definiert wurden, können wir den Antrag des Gemeinderates unterstützen. Auch mit dem Artikel 4 kann die CVP leben. Nachträglich finde ich es aber als störend, dass die beiden Kirchgemeinden nicht schon vorgängig in die Revision miteinbezogen wurden.

ER Priska Weber (SP)

Die SP hat zur Revision der Bestattungs- und Friedhofverordnung noch Fragen und Anregungen und ich denke für uns ist es sinnvoll, eine 5-er Kommission zu bilden, da kann man dann die evangelisch-reformierte und katholische Kirchgemeinde miteinbeziehen.



GR Patrick Strasser

Ich habe mich jetzt nicht sofort gemeldet, weil ich auf die Fraktionssprecher der SVP und der FDP gewartet habe. Anscheinend sind Sie aber mit der Vorlage so zufrieden, dass Sie nichts dazu sagen möchten. Ob Kommission oder nicht, das muss ich dem Einwohnerrat überlassen. Ich kann mit beidem leben. Sowohl ER Ueli Furrer wie auch ER Thomas Theiler haben bemängelt, dass die Kirchen nicht miteinbezogen wurden. Dazu möchte ich folgendes ausführen. Zum ersten dürfte es unbestritten sein, dass der Friedhof eine Anlage der Einwohnergemeinde ist. Ich habe verschiedene Stimmen gehört, vor allem von der evangelisch-reformierten Kirche – von der römisch-katholischen Kirche weniger – die darauf hindeuten, dass es einige Personen gibt, die das Gefühl hätten, sie dürften jetzt auch mitreden, obwohl sie nicht vertreten sind im Einwohnerrat. Von mir aus gesehen gibt es einen Artikel, der einen direkten Einfluss auf die Arbeit der Pfarrherren hat. Das war die Zeit, wann die Bestattungsfeierlichkeiten stattfinden. Ich wusste schon vorher, dass die Pfarrherren der evangelisch-reformierten Kirche mit dem neuen Artikel nicht zufrieden sind und dass die römisch-katholischen Pfarrherren sehr zufrieden waren und darum haben ich es nicht als nötig angesehen in diesem Punkt noch weitere Stellungnahmen einzuholen. Aus den schriftlichen Unterlagen, die ER Ueli Furrer abgegeben hat, ergibt es sich, dass doch noch andere offene Fragen sind. Ich habe nicht vorausgesehen, dass noch andere Fragen auftauchen könnten von den Kirchgemeinden. Falls ich jemals wieder dazu komme, diese Verordnung zu revidieren, werde ich selbstverständlich die beiden Kirchgemeinden miteinbeziehen.

ER Walter Herrmann (FDP)

Jetzt ist es ein bisschen kompliziert. Es wurde ja der Antrag auf eine Kommission gestellt. Ich wollte dazu noch sprechen. Jetzt scheint es einen Glaubenskrieg in unserer Gemeinde zu geben. Jetzt habe ich umgeschwitched und bin auch für eine Kommission. Vielleicht können wir den Seelenfrieden finden und den Religionskrieg verhindern.

ER Willi Josel (SVP)

Wir haben schon einmal eine Änderung durchgeführt und damals ging es um 7 Artikel und da wurde eine 7-er Kommission vorgeschlagen und ich war dagegen und es war auch sinnvoll, dass man das nicht gemacht hat. Aber ich denke hier ist der Vorschlag von ER Priska Weber sinnvoll



eine 5-er Kommission zu bilden. Da wird es sicher nicht gross Diskussionen geben aber ich denke man sollte es den Kirchen möglich machen, ihre Anliegen einzubringen. Wir sind auch für eine 5-er Kommission.

Zur Vorberatung dieses Geschäftes wird mit 18 : 0 (einstimmig) eine 5-er Kommission eingesetzt.

Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

Willi Josel (SVP), Präsidium

Priska Weber (SP)

Ueli Furrer (ÖBS)

Walter Herrmann (FDP)

Christian Di Ronco (CVP)

GP Stephan Rawyler

Damit Klarheit herrscht. An der nächsten Sitzung, wenn wir über die Bestattungs- und Friedhofsverordnung sprechen, habe ich den Eindruck, dass Eintreten unbestritten sei von den Fraktionen. Das müsste noch im Protokoll festgehalten werden oder von Ihnen ausgesprochen werden, dass es im Protokoll steht.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Das Eintreten ist unbestritten. Das Ganze wird an die Kommission überwiesen.

Das Geschäft ist vorerst erledigt und verschoben.



TRAKTANDUM 6 Postulat Willi Josel (SVP) betreffend ungenügende WC-Anlagen auf dem "Platz für Alli"

Begründung:

ER Willi Josel (SVP)

Wir Männer haben es ja leicht. Zur Not finden wir immer irgendwo einen Baum, aber für die Frauen ist es etwas schwieriger. Wir funktionieren alle gleich, trotzdem habe ich den Eindruck – und mir wurde das auch gesagt – es ist ein peinlicher Moment, vor allen Leuten in einer langen Schlange mit 15 anderen Frauen zu stehen und warten, bis man auf das eine Töpfchen gehen kann. Wenn man jetzt 1.5 bis 2 Minuten rechnet, bis das ganze durch ist, dann wartet eine Frau 15 bis 20 Minuten und ich denke, das ist schlicht und einfach nicht zumutbar. Einen Touristenort, wie wir es sind, der sollte auch allen Leuten die Möglichkeit geben, ein WC zu benützen. Pfarrer Hasler hat es anlässlich der Abdankung von Ruedi Zürich gesagt, dass auch der Kirchendurchgang als WC benützt wird. Ich habe vom Abwart des Kirchgemeindehauses gehört, dass es dort auch sehr schlimm ist und die Gegend dort als WC benützt wird. Das ist doch eine Schande bei uns in Neuhausen. Die Argumentation finden Sie im Postulat. Ich denke, dass wir hier etwas machen müssen. Mir wurde ja schon einmal eine solche Initiative abgelehnt und man hat darauf hingewiesen, man könne doch in die Rheinfallhalle gehen. Ich habe es auch versucht, aber dort ist sehr oft geschlossen. Dann hat man gesagt, man solle doch ins Kirchgemeindehaus gehen. Da hat der Abwart keine Freude und es ist auch sehr oft geschlossen. Deshalb habe ich den Text nun anders gefasst. Ich habe nicht gesagt, dass das bestehende WC auszubauen ist oder ändern sondern ich fordere den Gemeinderat auf, Bericht und Antrag zu erstellen für die Erneuerung und Erweiterung in unmittelbarem Bereich des "Platz für Alli". Jetzt kann man das noch in die Vorlage "Attraktivierung des Ortszentrums" einbauen und ich bitte Sie, diesem Postulat wirklich im Sinne der Frauen zuzustimmen.

Stellungnahme:

GR Franz Baumann

Sie haben die Erläuterungen vom Postulanten gehört. Der Gemeinderat hat über das Postulat diskutiert und ganz am Schluss hat ja ER Willi Josel gesagt, das Postulat gehe dahin, dass irgendetwas passiert. Wenn wir kurzfristig etwas machen möchten im bestehenden Gebäude – das habe ich anschauen lassen – dann kommt die günstigste Variante, wenn wir nur unten die WC's verändern auf rd. Fr. 70'000.00. Der Gemeinderat ist der Meinung, das wäre im jetzigen Zeitpunkt unnötig Geld ausgegeben, weil, wenn Sie den Finanzplan angeschaut haben im Jahr 2008 ist im Budget ein Betrag enthalten für das Projekt "Umbau Werkhof" d.h. die Zentralisierung der Gemeindeverwaltung. Dort wird sicher ein Betrag enthalten sein, wo wir eine neue und bessere WC Anlage einbauen könnten. Deshalb möchte ich Sie bitten, das Postulat nicht zu überweisen.

Diskussion:

ER Willi Josel (SVP)

Da muss ich mich natürlich wehren. Wenn das gemacht wird, ist das wunderbar und freut mich sehr, aber es braucht doch immer noch den sanften Druck, wenn ein Postulat noch vorhanden ist. Man kann es dann ja abschreiben, wenn es soweit ist und durchgeführt ist. Ich erkläre mich auch bereit, wenn das so wie in Traktandum 1 es allenfalls zu verlängern. Ich möchte gesichert haben, dass hier wirklich etwas passiert. Ich denke, das tut dem Gemeinderat nicht weh, wenn er das schon plant und das Postulat noch aufrecht erhalten wird und wenn dann die Vorlage kommt und das dort enthalten ist, dann kann man ja dieses Postulat abschreiben. Ich bitte Sie, den kleinen Druck auf den Gemeinderat aufrecht zu erhalten. Nochmals im Sinne der Frauen, dieses Postulat zu überweisen.



ER August Hafner (SP)

Diese Argumentation überzeugt mich jetzt überhaupt nicht. Wenn man einen kleinen Druck auf den Gemeinderat ausüben will, aber den grossen Druck der Frauen über Jahre belassen, was ist das für eine Lösung. Es wäre doch gescheiter, in dieser Übergangszeit, wenn der "Platz für Alli" genutzt wird, einen WC Wagen hinzustellen. Dann können die vollen Blasen entleert werden und der Zweck ist erreicht.

GR Franz Baumann

Auch über den WC Wagen haben wir diskutiert. Die Frage ist, wer soll den Wagen dann aufstellen, wenn ein Fest stattfindet? Soll das die Gemeinde tun oder sollen das die jeweiligen Veranstalter tun. Zweitens ist es auch eine ästhetische Frage. Ich habe das letzte Mal gesagt, man soll in die Rheinfallhalle gehen und dort die WC's öffnen. Es gäbe ja noch eine andere Lösung, die zu prüfen wäre. Wir haben ja das Benützungsrecht des Kirchgemeindehauses, weil wir uns da seinerzeit beteiligt haben. Wir haben mit der Kirche noch nicht gesprochen. Grundsätzlich glaube ich aber kaum, dass da grosse Opposition entstehen könnte, dann müssten wir und die Veranstalter schauen, dass dann dort die Türen offen bleiben, wenn ein Fest vorhanden ist. Aber ich kann da noch nichts sagen, denn wir haben noch nicht verhandelt, aber ich stimme auch ER August Hafner zu, das Postulat nicht zu überweisen, aber mit einem WC Wagen haben ich ein bisschen Mühe.

Der Einwohnerrat erklärt das Postulat mit 7 : 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen für nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 7 Postulat Jakob Walter (SP) betreffend Einrichtung einer Verstärkeranlage in der Friedhofskapelle samt Ringanlage für Träger von Hörhilfen

Begründung:

ER Brigitte Götze (SP)

Da ER Jakob Walter nicht hier ist, werde ich das übernehmen. Ich möchte eigentlich auf die Antwort vom Gemeinderat warten. Ich bitte den Gemeinderat, mir eine Antwort zu geben, ob diese Ringanlage notwendig ist oder gebaut wird oder schon vorhanden ist.

Stellungnahme:

GR Patrick Strasser

ER Brigitte Götze hat es im letzten Satz schon gesagt. Diese Ringanlage und die Verstärkeranlage sind vorhanden. Das Postulat fordert also etwas, was schon längere Zeit Wirklichkeit ist. Es ist so, dass bei Abdankungen, die Pfarrperson jeweils darauf hingewiesen wird, die Verstärkeranlage zu benutzen. Wenn sie dies wünscht, dann wird die Verstärkeranlage eingeschaltet. Wenn die Pfarrperson es nicht will, dann bleibt die Verstärkeranlage ausgeschaltet. Da die Pfarrpersonen bekannterweise keine Gemeindeangestellten sind, kann ihnen gegenüber keine Weisung erlassen werden, was den Gebrauch der Verstärkeranlage betrifft. Ich kann aber der Stellvertreterin des Postulanten versichern, dass der Pfarrperson in Zukunft die Benutzung der Verstärkeranlage noch mit mehr Nachdruck aus bis anhin nahe gelegt wird. Die Ringanlage ist eine eigene Einrichtung der Verstärkeranlage. Die Ringanlage ist bei Abdankungsfeiern eigentlich immer eingeschaltet. Ob sie aber richtig funktioniert hängt auch hier davon ab, ob die Pfarrperson das dazugehörige Mikrofon richtig benutzt. Sie werden jeweils beraten im Gebrauch des Mikrofons für die Ringanlage. Leider musste festgestellt werden, dass einige der Pfarrpersonen sehr beratungsresistent sind, darum wird zur Zeit geprüft, ob es möglich ist, ein



Schwanenhalsmikrofon anzubringen, so dass zumindest im Bereich der Ringanlage der Klangstimme mit dem Schwanenhalsmikrofon aufgenommen und an die Ringanlage weitergeleitet werden kann. Das Postulat fordert also etwas, das bereits umgesetzt ist. Es ist daher überflüssig und der Gemeinderat möchte daher dem Postulenten bzw. seiner Stellvertreterin das Postulat zurückzuziehen sonst müsste ich Ablehnung beantragen.

ER Brigitte Götze (SP)

Wir ziehen das Postulat in diesem Falle zurück, bitten aber darum, dass die Pfarrherren nochmals angewiesen werden, diese Technik zu nutzen, denn es ist kaum möglich, bei einer Abdankung aus der hinteren Reihe zu rufen: "Lauter bitte!"

GR Franz Baumann

Ich möchte nur noch eine kleine Ergänzung machen. Ich habe auch mit dem Personal gesprochen, denn das wurde ja von der Bauverwaltung vor etwa 4 – 5 Jahren montiert. Es gehört natürlich auch dazu, Leute, die ein Hörgerät tragen, müssen dieses auch einschalten. Das haben wir auch festgestellt und dann hören sie sowieso nichts.

ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Das Postulat von ER Jakob Walter wurde durch seine Stellvertreterin ER Brigitte Götze zurückgezogen, da die verlangte Verstärkeranlage samt Ringanlage bereits besteht.

Das Geschäft ist somit erledigt.



ER-Präsident Rolf Forster (SVP)

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Wir sehen uns wieder am 8. November 2007. Die Sitzung ist geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Rolf Forster
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin